

Weihnachtsgrüße...

... des Personalrates

Das Ende des Jahres ist nicht mehr weit und es naht schon bald die weihnachtliche Zeit!

Nun kommt der Moment, sich auf etwas anderes zu besinnen, auf die wichtigen Dinge, die auch unser Leben bestimmen!

Im Alltagstrott findet man dafür oftmals zu wenig Raum, deshalb kommt nun die Auszeit unter dem Weihnachtsbaum.

Geschenke sind nicht vorrangig im Leben, wir sollten nach den wirklich wertvollen Dingen streben.

Gesundheit, Zufriedenheit und mit sich selbst im Reinen zu sein, das ist das Fundament für Lichterglanz und Kerzenschein!

Viel Herzenswärme und Harmonie in dieser besinnlichen Zeit, dann ist man gestärkt und für neue Aufgaben bereit!

In diesem Sinne wünscht Ihnen der Personalrat eine friedvolle und besinnliche Weihnachtszeit.



Weihnachtliche Stimmung hat sich auch im Bochumer Rathaus eingefunden! Oder?

PR-OLOG



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und wieder einmal sind es die Beschäftigten der Stadt Bochum, die die Finanzmisere in der Kommune ausbaden sollen.

Die Rede ist von „Personalaufwandsbudgetierung“ und „dezentraler Personalverantwortung“.

Gemeint sind Personalkostendeckelung beziehungsweise deren Reduzierung und Bildung von Einstellungskorridoren.

Am Ende sind es immer die Beschäftigten, die diesen Schlammassel durch Leistungsverdichtung und Mehrarbeit beseitigen sollen.

Von der Politik ist immer nur zu hören: „Der Bürger soll so wenig wie möglich von den Einschränkungen spüren!“

Das wird aber leider nicht so sein, wenn die Personalaufwandsbudgetierung in der beabsichtigten Form umgesetzt wird.

Ganz sicher wird es Einschränkungen für die Bochumer Bürgerinnen und Bürger geben.

Unter anderen in den Bereichen Sicherheit und Dienstleistungen wird es zu erheblichen Einschränkungen kommen.

Für den Personalrat der Stadt Bochum heißt es in den nächsten Jahren unsere Beschäftigten in Schutz zu nehmen, vor Überbelastung und Ausbeutung durch Stellenabbau.

Schon jetzt bedeutet dies, dass Auszubildende im Jahr 2015 nicht mehr übernommen werden - nicht nur im Handwerk, sondern auch in den Verwaltungsberufen.

Einigen Kollegen, die einen Zeitvertrag haben, wurde schon signalisiert, sich beim Arbeitsamt zu melden, da ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert wird.

Wir danken für dieses schöne Weihnachtsgeschenk.

Herzlichst Ihr



Sparpotential Nachwuchskraft

Hier wurde wohl der Reset-Knopf gedrückt

Ist diese Überschrift unpassend? Vielleicht auch provokant?

Oder spiegelt sie einfach die aktuelle Situation in unserer Verwaltung wider?

Schauen wir einmal ins Jahr 2010, der absolute Tiefstand für die Bochumer Ausbildung.

Im Rahmen des HSK wurde die kommunale Sparsense auch an der Ausbildung in Bochum angesetzt und die Ausbildungszahlen wurden auf ein unvernünftiges Minimum geschrumpft.

Von einer Nicht-Übernahme nach Ende der Ausbildung wurde im Jahr 2010 größtenteils abgesehen.

Die Konsequenz dieser brutalen Zusammenstauchung blieb die folgenden Jahre bemerkbar.

Die Zahl der Nachwuchskräfte wuchs zwar bis 2014 kontinuierlich an. Jedoch nie in dem Maße, welches von Seiten des Personalrates und der Jugend- und Auszubildendenvertretung gefordert wurde.

Dieses Maß, was von unserer Seite angesetzt wurde, war nie willkürlich gewählt, sondern orientierte sich an der Höhe, die notwendig wäre, um die städtischen Bedarfe der nächsten Jahre de-

cken zu können.

Nach einiger Zeit stießen unsere Argumente, wie zum Beispiel der anstehende demografische Wandel, scheinbar auf Gehör.

Aber nicht nur die reine Zahl der Nachwuchskräfte zählte, man beschäftigte sich auch mit Möglichkeiten als Arbeitgeber Stadt Bochum attraktiver für Mitarbeiter aller Altersklassen zu werden.

Auch waren der Wissenstransfer, die Weitergabe von Erfahrung von älteren an jüngere Kolleginnen und Kollegen, ein behandeltes Thema.

Wir möchten jetzt hier sicher nicht von einem „Utopia Bochum“ sprechen. Bis Mitte des Jahres war man weit weg von perfekt, aber der Weg, der eingeschlagen wurde, stimmte.

Und nun? Scheinbar hat jemand wohl den Reset-Knopf gedrückt, denn all die Warnungen der letzten Jahre bezüglich Einsparungen im Personal- und Ausbildungsbereich sind verschwunden.

Und die Konsequenz von reduzierten Ausbildungs-, Einstellungs- und Übernahmezahlen wird nicht die Führung treffen, die einfach nur den Druck der Aufgaben

nach unten delegiert, sondern uns alle, die wir bei der Stadtverwaltung beschäftigt sind.

Wir fordern daher:

- die Übernahme sämtlicher Nachwuchskräfte
- die weitere Erhöhung der städtischen Ausbildungszahlen
- die Entfristung sämtlicher Verträge
- die Ausstattung der städtischen Ämter mit einem realistischen Personalbudget

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht wir Mitarbeiter/innen haben den Haushalt ruiniert und nicht wir sitzen am Steuer des Autos „Bochum“, das auf eine Wand zurast.

Es wird endlich Zeit, dass die Verantwortlichen Entscheidungen treffen und es nicht auf unseren Rücken austragen.

Bezirksverwaltungsstelle Weitmar verdoppelt sich!

Wiedereröffnung findet in Kürze statt

Das Bürgerbüro Weitmar verbessert seinen Bürgerservice und verdoppelt dafür seine Fläche.

Grund: Das stetig gewachsene Kundenaufkommen von 60 bis 170 Kunden am Tag ist vergleichbar mit dem räumlich größeren Bürgerbüro Wattenscheid. Dafür war der Warteraum des 2000 eröffneten Bürgerbüros Weitmar jedoch nicht ausgelegt. Eine Infotheke fehlte zumindest ganz.

Zudem bearbeiteten statt drei mittlerweile neun Mitarbeiter die Verwaltungsanliegen der Kunden. Die Zentralen Dienste der Stadt Bochum verdoppelten jetzt daher die Fläche von aktuell 150 auf 300 Quadratmeter, indem ein Anbau, der nur als Behelfslager diente, künftig mitgenutzt wird.

Das Bürgerbüro Weitmar erhält unter anderem elf ergonomische Arbeitsplätze, einen neuen Warteraum, eine Infotheke und einen Personalraum.

Der Anbau musste dafür allerdings komplett ausgebaut werden. Unter anderem erneuerten die Zentralen Dienste Türen,

Fenster sowie das Dach und installierten eine moderne Brandschutzanlage. Der Anbau bekam zudem ein Wärmeverbundsystem und ist so energetisch auf dem neusten Stand. Damit der Übergang vom bisherigen Bürgerbüro zum Anbau barrierefrei ist, bauten die Zentralen Dienste einen Treppenlift ein.

Für den Aus- und Umbau stellte die Bezirksvertretung Südwest eigene Mittel in Höhe von 487.700 Euro bereit. Bürgerinnen und Bürger konnten sich während der Bauphase an die umliegenden Bürgerbüros

in Wattenscheid, Querenburg oder Mitte wenden.

Dort verstärkten während der Bauphase Beschäftigte des Bürgerbüros Weitmar die bestehenden Teams.

Von den Zentralen Diensten um- und ausgebaut: Der Anbau in der Bezirksverwaltungsstelle Südwest.



IMPRESSUM

Herausgeber:
Personalrat der Stadt Bochum, Rathaus, 44777 Bochum

Verantwortlich: Frank Oldach

Redaktion: Jörg Köpp, Thomas Schürmann, Bernfried Roßdeutscher, Nina Klee, Wolfgang Knop, Martin Biewald, Thomas Giehl, Ute Buch, Manfred Heße, Lutz Leitmann und André Grabowski

Kopien, Abdruck und/oder weitere Verwertung (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Redaktion PR-KONTAKT.

E-Mail: personalrat@bochum.de

Telefon: 0234/910-2198
Telefax: 0234/910-2187

Sammel-Nr. freigestellte Personalräte: 0234/910-1616

Übrigens: Wer einen Fehler findet, darf ihn behalten!

Alle Jahre wieder...

...oder immer noch Personalmangel bei der Feuerwehr

Was hat man sich nicht alles vorgenommen bei der Feuerwehr.

Nachdem der Personalrat schon 2012 eine Personalbemessung gefordert hat, ist endlich 2013 daran gearbeitet worden - allerdings erst einmal nur für den Mittleren Dienst.

Einige gute Ergebnisse standen Ende 2013 auch fest. Der Personalrat hatte diese in einer Teilpersonalversammlung unter Beteiligung der Oberbürgermeisterin im Dezember 2013 bekannt gegeben.

Ein weiteres Thema an diesem Tag war die Umsetzung der 48-Stundenwoche bei der Feuerwehr Bochum.

Die Umsetzung wurde von unserer Oberbürgermeisterin für 2015 zugesichert, da schon 2013 fast 70 Feuerwehrleute ihre Mehrarbeit aufgekündigt hatten.

Mittlerweile haben wir Dezember 2014 und von der Personalbemessung aus 2013 sind leider nur kleinere Einzelmaßnahmen umgesetzt.

Die Planung sieht vor, die Feuerwehr Bochum zumindest 2015 umzustrukturieren.

Der Personalrat hat im Vorfeld seine Zustimmung signalisiert das Rettungsdienstpersonal auf Tarifbeschäftigte umzustellen.

Die unsinnigen Doppelfunktionen Rettungsdienst und Brandschutz sollten abgeschafft werden, damit 2015 der Brandschutzbedarfs- sowie der Rettungsdienstbedarfsplan eingehalten werden können.

Dazu benötigt die Feuerwehr allerdings weitere Einstellungen im Tarifbereich.

Diese Tarifbeschäftigten sollten dann die Feuerwehrbeamten im Rettungsdienst entlasten.

Das dadurch freierwerdende Personal an Feuerwehrbeamten soll die Funktionen im Brandschutz sicherstellen und die ermittelten Bedarfe außerhalb der Personalbemes-

sung abdecken.

Diese Einstellungen sind nun stark gefährdet, durch die Personalkostendeckelung und den restriktiven Einstellungskorridor.

Sollten die erwarteten Stellen nicht eingerichtet werden, so kann aus unserer Sicht die Feuerwehr Bochum ihre Aufgaben für 2015 nicht mehr im vollen Umfang wahrnehmen.

Schon in diesem Jahr wurden aufgrund von Personalausfall fast täglich Funktionen außer Dienst genommen oder konnten nur durch bezahlte Mehrarbeit kompensiert werden.

Der Personalrat erwartet hier noch im Dezember eine Entscheidung durch die Verwaltung, wie es bei der Feuerwehr weitergehen wird.

Welch ein Umgang mit den Beschäftigten, die mittlerweile alle einen Dienstplan für eine 48-Stundenwoche haben und jetzt nicht wissen, wie es 2015 weitergeht.

Überbelastungen sind die Folge und damit ist auch die Sicherheit der Beschäftigten im Einsatz und die der Bochumer

Bürgerinnen und Bürger gefährdet.

Schon 2012 hat der Personalrat eine externe Untersuchung der Feuerwehr Bochum gefordert, um festzustellen, ob diese ihre Aufgaben, wie man sie von ihr erwartet, noch wahrnehmen kann.

Damals hat sich der Personalrat drauf eingelassen, einer internen Untersuchung zuzustimmen.

Die Umsetzungen der Ergebnisse daraus sind wie gesagt Mangelware, beziehungsweise stark gefährdet.

Das Gesamtkonzept für die Feuerwehr Bochum muss 2015 umgesetzt werden - dazu zählen auch die Ergebnisse aus der Bemessung des gehobenen Dienstes, die 2014 stattgefunden hat.

Auch hier muss die 48-Stundenwoche umgesetzt werden und die massiv aufgebauten Überstunden sollten möglichst bald abgebaut werden.

Ohne zusätzlich bereitgestelltes Personal ist dies aber nicht zu realisieren - außer wir geben Aufgaben auf, was im Brandschutz oder im Rettungsdienst schwierig wird.

Nachdenkliche Beschäftigte der Berufsfeuerwehr Bochum während der Teilpersonalversammlung an der Wache III.



Wollen Sie den PR-KONTAKT als Newsletter an Ihre private E-Mail Adresse gesendet bekommen? Hier kann Ihnen geholfen werden. Teilen Sie uns lediglich Ihre E-Mail Adresse mit und schwuppdiewupp, rubbeldikatz kommt der aktuelle PR-KONTAKT zu Ihnen nach Hause. Und keine Angst...Sie schließen bei uns kein ABO ab. Versprochen!

Mail an: personalrat@bochum.de

im Internet:



Kurz vor Weihnachten: „Jetzt brennt der Baum richtig!“

Arbeitgeberpflichten zur Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden wieder nicht erfüllt

Und wieder einmal wurde die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Bochum zuerst durch die WAZ über die aktuelle Lage innerhalb der Stadtverwaltung informiert.

Dem Artikel der WAZ vom 17.11.2014 „Stadt baut 2015 Stellen ab“ ist zu entnehmen, dass ab 2015 jede zweite freierwerdende Stelle abgebaut werden soll.

Höhere Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich sollen hierfür unter anderem verantwortlich sein. Einzelne Fraktionen des Rates der Stadt Bochum fordern harte Einschnitte.

So hat der CDU-Fraktionschef einen Personalabbau gefordert: „Wir müssen Personal abbauen - dazu haben wir uns gegenüber der Bezirksregierung verpflichtet“.

Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion äußerte gegenüber der WAZ: „Wir müssen uns fragen, ob die bürokratischen Abläufe in Teilen der Verwaltung noch zeitgemäß sind?“

Laut der WAZ will die SPD den Sozialbereich, die Kämmerei - gemeint ist das Amt für Finanzsteuerung - und die Personalverwaltung nach möglichen Sparpotenzialen durchforsten.

Die Grünen sagen hierzu: „Man muss gut überlegen, ob ein genehmigter Haushalt das oberste Ziel ist.“

Der Verwaltungsvorstand hatte den Personalrat im Sommer 2014 zwar über die beabsichtigte Dienstanweisung in Kenntnis gesetzt - umfangreiche Einwände des Personalrates hierzu wurden aber vom Tisch gewischt.

Immerhin ging man in der ursprünglichen Version von einer ausreichenden

Budgetausstattung aus.

Der Personalrat hätte jetzt erwartet, dass er vor einem Bericht in der WAZ rechtzeitig über die dramatische Situation umfassend in Kenntnis gesetzt worden wäre.

Wie konnte es überhaupt dazu kommen? Bereits im Jahr 2010 informierte die WAZ darüber, das circa 1000 Stellen in den kommenden Jahren abgebaut werden müssen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen.

Der demografische Wandel sollte hierzu perspektivisch einen wesentlichen Beitrag leisten. Neue Aufgaben von Bund und Land, die in keiner Weise refinanziert werden, haben den städtischen Haushalt zusätzlich stark belastet.

Die gestiegenen Ausgaben und dazu wegbrechende Einnahmen haben die Finanzlage der Stadt Bochum dramatisch verschlechtert. Zusätzlich wirken sich bestimmte interne strategische Entscheidungen der Vergangenheit (z. B. SBO, Jobcenter, Schauspielhaus, Musikzentrum usw.) finanziell negativ auf den städtischen Haushalt aus. Um diese negativen Entwicklungen abzuwenden, hat der Verwaltungsvorstand im Juni 2014 die Dienstanweisung „Personalaufwandsbudgetierung“ und „zentrale und dezentrale Kompetenzen für Organisation und Personal“ verabschiedet. „Ziel ist eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit der Amtsleitungen und Beigeordneten im Rahmen des Personalaufwandsbudgets“, so verheißt es die Vorbemerkung zu dieser Dienstanweisung.

Klingt gut, ist es aber nicht, wenn man weiß, dass die einzelnen Fachbereiche

von Anfang an kein auskömmliches Personalaufwandsbudget erhalten.

Mit andern Worten gesagt, bedeutet die Kompetenzübertragung nichts anderes als einen „versteckten Stellenabbau“ und der „Schwarze Peter“ liegt zukünftig dann wirklich allein dezentral bei den jeweiligen Amtsleitungen.

Für die Wahrnehmung der für die Fachbereiche neuen Aufgaben, Kompetenzen und Zuständigkeiten stehen dort keine entsprechenden personellen Kapazitäten zur Verfügung und durch die Personalaufwandsbudgetierung können die Fachbereiche somit auch kein zusätzliches Personal finanzieren.

Dies wird zu weiteren Arbeitsverdichtungen, Arbeitsüberlastungen und überlastungsbedingten Krankheitsausfällen bei den Kolleginnen und Kollegen führen. Zum eigenen Schutz bleibt den Kolleginnen und Kollegen nichts anderes übrig, als rechtzeitig mit Überlastungsanzeigen auf die kritische Situation in ihren Bereichen aufmerksam zu machen.

Zwar startet die oben genannte „Personalaufwandsbudgetierung“ offiziell erst am 01. Januar 2015, jedoch rumort es bereits jetzt schon gewaltig in den Fachbereichen. So sind die Personalkosten bereits jetzt für die einzelnen Fachbereiche gedeckelt worden.

Zwar sind diese Kosten nach Durchschnittswerten der Jahre 2013 und 2014 berechnet und zusätzlich mit einem „Polster“ versehen worden, was den angemeldeten Bedarf des jeweiligen Amtes widerspiegelt.

- Fortsetzung auf der nächsten Seite -



- Fortsetzung -

Leider fällt an dieser Stelle selbst einem Kleinkind mit Taschenrechner auf, das dieses „Zahlenspielchen“ vorne und hinten nicht funktioniert.

So ist zum Beispiel die anstehende Tarifierhöhung im März 2015 nicht berücksichtigt worden. Gleichzeitig ist das Personalaufwandsbudget bis zum Jahr 2022 in gleich bleibender Höhe festgeschrieben.

Darüber hinaus müssen zukünftige Steigerungsbeträge bei den Beschäftigteneinkommen (Stufenaufstiege, Tarif- und Besoldungserhöhungen, Beförderungen und Höhergruppierungen) nun von den Fachbereichen durch Personaleinsparmaßnahmen und daraus erzielter „Gewinne“ erwirtschaftet werden.

Jeder von uns kann sich nun ausrechnen, dass unsere Führungskräfte gezwungen sind, an dieser Stelle Einsparungen im Bereich der Ausbildung, Übernahme und Entfristung vorzunehmen.

Auch wird man davon ausgehen, „dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen“ diese Einschnitte durch Mehrarbeit und Überstunden auffangen. Die ersten Fachbereiche, die zu wenig Geld bekommen werden, schaffen schon Fakten:

- Keine Übernahme von Auszubildenden!
- Keine Entfristung von Zeitverträgen!

Übrigens ganz aktuell: Die ersten Schreiben, dass Arbeitsverträge nicht weiter verlängert werden, sind bereits verschickt worden. Die ersten Kolleginnen und Kollegen können also noch vor Weihnachten die Agentur für Arbeit aufsuchen.

Denken wir aber noch mal einen Schritt

weiter, ohne jemandem was Böses zu unterstellen.

Wie werden zukünftig Stellen besetzt? Junger Kollege (niedrige Erfahrungsstufe) gegen alten Kollegen (hohe Erfahrungsstufe), Beamter (41 Wochenstunden) gegen Angestellten (39 Wochenstunden), BEM-Fall gegen Nicht-BEM-Fall, wen würden Sie nach finanziellen Aspekten dann auswählen?

Soll unsere Stadtverwaltung Bochum, unsere „soziale und familienfreundliche Arbeitgeberin“ wirklich diesen Weg gehen? Ist dies wirklich von unserem Verwaltungsvorstand und dem Rat in aller Konsequenz so gewünscht?

Dies führt unweigerlich zu einem „Berliner-Modell“. Ein Servicemodell, welches die Dienstleistungen konsequent dem vorhandenem Budget unterwirft.

Ein Modell, wo dem Bochumer Bürger nur im stark begrenzten Maße Dienstleistungen angeboten werden können?

Wo ein Teil unserer Bürgerinnen und Bürger vor verschlossenen Tür steht oder unverhältnismäßig hohe Warte- und Bearbeitungszeiten über sich ergehen lassen muss?

Die Fachbereiche haben in den Ämterworkshops vergeblich die Einstellung und Ausbildung von Personal gefordert.

Es gilt die Verwaltung vor den Folgen des demografischen Wandels zu schützen, die durch Austrittswellen (Pension, Rente und Fluktuation) und sinkende Nachwuchszahlen bereits absehbar sind.

Der Personalrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung fordern deshalb von Rat und dem Verwaltungsvorstand:

- Unbefristete Übernahme aller Nachwuchskräfte
- Umwandlung der Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverhältnisse
- Aufgabenkritik, nicht um Personal abzubauen, sondern um Kolleginnen und Kollegen in stark belasteten Bereichen zu unterstützen
- Kontinuierliche Ausnutzung sämtlicher Ausbildungskapazitäten und Schaffung zusätzlicher und neuer Ausbildungsbereiche
- Verhinderung bzw. Vermeidung von Arbeitsverdichtung und Überlastung
- Ausstattung der Ämter mit einem realistischen Personalaufwandsbudget

... oder noch besser:

- Abschaffung der Personalaufwandsbudgetierung!



Die Sache mit den Überlastungsanzeigen

Probleme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Überlastungssituationen werden häufig nicht ernst genommen

Bedingt durch die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts, praktiziertem Stellenabbau und der aktuellen Verhängung einer Wiederbesetzungssperre wird der Personalrat immer häufiger mit Überlastungssituationen bei Kolleginnen und Kollegen quer durch alle Fachbereiche konfrontiert.

Der Personalrat sieht es als seine klare Kernaufgabe an, den Verwaltungsvorstand und auch die verantwortlichen Entscheidungsträger in der Politik daran zu erinnern, für die Menge an zu erfüllenden Aufgaben das erforderliche Personal vorzuhalten.

Es geht hier nicht um Inventar oder Werkzeuge und Arbeitsmittel, sondern klar um Kolleginnen und Kollegen. Präziser formuliert um „Menschen“!

Daher bietet der Personalrat allen Beschäftigten eine Beratung an, bevor sie eine Überlastungsanzeige verfassen wollen.



Die Überlastungssituation in unserer Verwaltung nimmt ständig zu.

Unfallkasse NRW zeichnet städtische Ämter aus!

Schulverwaltungsamt sowie Sport- und Bäderamt erhalten Prämien auf der Abschlussveranstaltung

Das Schulverwaltungsamt und das Sport- und Bäderamt haben am Prämiensystem der Unfallkasse NRW zum Thema "Sichere und gesunde Unternehmen" mit großem Erfolg teilgenommen.

Das Prämiensystem soll als Anreiz zur Verbesserung der Integration von Sicherheit und Gesundheit in die Organisation der Unternehmen und Betriebe dienen.

Es wird zur Förderung effektiver Präventionsmaßnahmen in den Mitgliedbetrieben durchgeführt. Für den Bereich des Schulverwaltungsamtes bedeutete dies, dass die Umsetzung der Vorgaben im Bereich Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in den Schulen und im Fachamt selbst auf den Prüfstand kamen.

Eingeleitet wurden entsprechende Maßnahmen zur Problemlösung wie Unterweisungen und Fortbildungen zur laufenden Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Präventivmaßnahmen zur Gesundheitsförderung (z.B. Gesundheitstag der Schulsekretärinnen) und die Umsetzung und Einhaltung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben. Es wurden die Arbeitsbedingungen der Angestellten in den Schulen, die Dokumentation der erforderlichen Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz sowie die Durchführung von Schulungen und Fortbildungen kontrolliert und bewertet.

Im Bereich des Sport- und Bäderamtes erfolgten analog Maßnahmen und Angebote für die Beschäftigten in den sieben städtischen Bädern. Hier lag ein Schwer-



Bei der Prämienübergabe waren die Vertreterinnen und Vertreter des Schulverwaltungsamtes sowie des Sport- und Bäderamtes anwesend.

punkt auf dem Erhalt der Mitarbeitergesundheit, die besonders durch das Haushaltssicherungskonzept bei den Beschäftigten in den Bädern betroffen war.

Stichworte wie Wertschätzung und Anerkennung auch unter schwierigen Arbeitsbedingungen, Qualifizierung in Form von Seminaren, die Ängste abbauten und Kompetenz förderten, Loyalität beim Thema Beschwerdemanagement, ein von

Transparenz und Kommunikation geprägtes Arbeitsklima sollte im Sinne des Arbeitsschutzes zum (selbst-)sicheren Arbeiten unterschiedlichster Berufsgruppen im Bad beitragen und letztlich auch zu mehr Motivation beitragen.

Die Prämien in Höhe von 15.000 Euro (Schulverwaltungsamt) und 12.000 Euro (Sport- und Bäderamt) werden übrigens wieder in den Arbeitsschutz investiert.

Sind jetzt bald Zimmer im Rathaus zu vermieten?

Möglich ist das - aber zu welchem Preis?



Noch ist das Rathaus nicht direkt betroffen - aber bald könnte das Angebot auch auf der anderen Seite der Straße hängen.

Denn so, wie Bochumer Politik und Verwaltung den Druck auf die Belegschaft erhöhen, werden ganz sicher im Rahmen des Personalabbaus auch Zimmer im Bochumer Rathaus frei werden.

Wenn man diese dann wenigstens zu guten Konditionen vermieten könnte, wäre es dem Stadtkämmerer zur Haushaltskonsolidierung sicher recht.

Doch wer schon mal im Rathaus war, kennt auch den Zustand des Gebäudes - zumindest in großen Teilen. Da ist es nicht nur kalt, wenn die Heizung mal wieder ausgefallen ist.

Und die Mietminderungen würden sicher auch einen großen Teil der erwarteten Einnahmen auffressen!

Was machen Sie eigentlich am 13. September 2015?

Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werden wieder gesucht

Zum wiederholten Mal werden Kolleginnen und Kollegen zur Wahl aufgerufen. Für die Oberbürgermeisterwahl gibt es dieses Mal eine Besonderheit, beschlossen durch den Verwaltungsvorstand.

Beschäftigte, die sich freiwillig bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu diesem Ehrenamt melden, erhalten für diese Tätigkeit Zeitausgleich und Bonusregelungen. Werden nicht genügend Wahlhelfer gefunden, sollen die Mitarbeiter des Wahlamtes Personallisten von Stadtverwaltung und allen öffentlich-rechtlichen Betrieben und Instituten anfordern. Diejenigen, die auf diesen Listen Bochumer Bürger sind, werden als Wahlhelfer zum Ehrenamt herangezogen.

Diese erhalten, soweit sie Mitarbeiter der Stadt Bochum sind, allerdings nicht den Zeitausgleich, sondern nur das Erfrischungsgeld. Hier sieht der Personalrat eine Benachteiligung im Umgang mit unseren Beschäftigten.

Der Leiter des Büros für Angelegenheiten der Oberbürgermeisterin und des Rates und somit auch für das Sachgebiet Wahlen verantwortlich, nahm außerdem Bezug auf die Urlaubsplanung: "Da derzeit in den Fachbereichen die Planungen für die Urlaube in 2015 laufen, wäre es

schön, wenn die Beschäftigten diese Informationen für ihre Planungen mit berücksichtigen könnten."

Hinweis von uns: „Das muss man nicht.“ Vor allem, da ja auch eventuell eine Stichwahl organisiert werden muss.

Weiterhin ist zwar beschrieben, dass das Wahlgesetz zum Heranziehen von Bürgern ermächtigt, aber Folgen für Nichtantritt und Verweigerung werden nicht dargelegt, wobei das für alle ehrenamtlichen Wahlhelfer gilt.

Nachteile für Beschäftigte drohen, wenn sie sich nicht freiwillig für die Wahl 2015 melden.



Erstes Treffen der Gesundheitslotsinnen und -lotsen

Gesundheitslotsinnen und -lotsen sind Bindeglied zwischen Gesundheitsförderung und Beschäftigten im Fachbereich

Im November fand das erste Treffen der Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen statt. Eingeladen hatte die Stabsstelle für Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheit im Betrieb, kurz AAG.

Inhaltlich wurden die Anwesenden über die Dienstvereinbarung zur Gesundheitsförderung, die als Grundlage für die Gesundheitslotsen gilt, informiert.

„Warum Gesundheitslotsen“, war eine der zentralen Fragen. Die Stabsstelle will damit das Bewusstsein fördern, dass Beschäftigte Zeit brauchen und sich diese Zeit auch nehmen müssen, um belastungsbedingte Erkrankungen zu vermeiden. Des weiteren soll das Angebot der betrieblichen Gesundheitsförderung bekannt und angesprochen werden.

Die Gesundheitslotsen stellen das Bindeglied zwischen Betrieblicher Gesundheitsförderung, Beschäftigten und Führungskräften dar. Eine große Aufgabe der Lotsinnen und Lotsen wird die Überzeugungsarbeit darstellen. Die Überzeugung der Kolleginnen und Kollegen sowie der Führungskräfte, dass sich Gesundheit nicht von allein ergibt.

Wenn Sie in Ihrem Fachbereich bereits eine(n) Gesundheitslotsin oder -lotsen haben, sprechen Sie ihn einfach an. Interessieren Sie sich für diese Tätigkeit,

dann melden Sie sich bei der Stabsstelle AAG oder beim Personalrat.

Hilfsmaterialien für die Gesundheitslotsinnen und -lotsen.



Technischer Betrieb siegt beim Hallenfußballturnier 2014

Wanderpokal der Oberbürgermeisterin bleibt in diesem Jahr im „Haus“

Acht Stunden attraktiver Amateur- und Hobbyfußball waren am letzten Oktoberwochenende gespielt, als die Pokale an erfolgreichen Mannschaften vergeben werden konnten.

Dabei mussten die 16 teilnehmenden Mannschaften in diesem Jahr schon einiges leisten, um in die Endrunde zu kommen.

In Vorrundenspielen setzten sich überwiegend die „Altbekanntten“ durch:

- SG Rathaus
- Die Spätzünder
- Wacker JC Bochum
- LESG Matthias-Claudius-Schule
- Lokomotive Bochum
- Stadtwerke Bochum
- Technischer Betrieb und
- TF Klatschnass.

Den dritten Platz sicherte sich die Mannschaft TF Klatschnass im Neunmeter-schießen gegen die Lokomotive Bochum.

Im anschließenden Endspiel war der Technische Betrieb mit 3:0 gegen die SG Rathaus erfolgreich.

Die Schirmherrin des Turniers, Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz, besuchte die Veranstaltung am Nachmittag und fand: „Es macht mir wirklich Spaß die Spiele hier zu sehen. Einen großen Dank



Die Mannschaft des Technischen Betriebes freut sich zu recht über den Turniersieg. Konstant gute Leistungen während des gesamten Turniers sind der Grundstein für den Gesamtsieg.

auch an die Kolleginnen und Kollegen, die dieses Turnier immer wieder in der gewohnt guten Weise organisieren und durchführen!“

Das Hallenfußballturnier 2014 war tatsächlich wieder eine rundum gelungene

und faire Veranstaltung. Und das ist schließlich auch im Sinne aller Beteiligten.

Weitere Informationen wie Mannschaftsfotos, Spielszenen und Ergebnisse gibt es auf unserer Internetseite unter:

Aktuelles/Sportveranstaltungen

SBV Wahl-Ergebnis

60,50 % Wahlbeteiligung

Im November 2014 fand die diesjährige Wahl der Schwerbehindertenvertretung statt.

Zu wählen waren die Vertrauensperson der Menschen mit Behinderung sowie drei Stellvertreter.

Für die Wahl der Vertrauensperson wurden 446 gültige Stimmen abgegeben, die alle auf die Kandidatin Ramona Kusch entfielen.

Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt:

- Susanne Jany 343 Stimmen
- Martin Bsdurek 309 Stimmen und
- Petra Schubert 231 Stimmen

Die Wahlbeteiligung lag bei hervorragenden 60,5 %.

Die SBV bedankt sich bei allen Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen und die Beteiligung an der Wahl.

Auch in den nächsten vier Jahren finden Sie Ihre Ansprechpartner in allen Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts im Historischen Rathaus.

Das Team der SBV berät Sie jederzeit gerne persönlich oder telefonisch.

Auch entsprechendes Antrags- und

Informationsmaterial können Sie dort erhalten.

Für weitere vier Jahre gewählt. Das SBV-Team der Stadtverwaltung Bochum. Von links: Ramona Kusch, Susanne Jany, Petra Schubert und Martin Bsdurek.

